

Das Wissen

Wie Interpol Verbrecher jagt – Wem nutzt die Weltpolizei?

Von Thomas Kruchem

Sendung vom: Montag, 12. August 2024, 8.30 Uhr

Erst-Sendung vom: Montag, 20. Februar 2023, 8.30 Uhr

Redaktion: Lukas Meyer-Blankeburg

Autorenproduktion

Produktion: SWR 2023

Seit 100 Jahren soll Interpol global Verbrechen bekämpfen – Cybercrime, Menschenhandel, Kindesmissbrauch. Neben Erfolgen gibt es viel Kritik: die Behörde nutze vor allem Diktatoren.

SWR Kultur können Sie auch im **Webradio** unter [swrkultur.de](https://www.swr.de/swrkultur.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR Kultur App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR Kultur App für Android und iOS

Hören Sie das Programm von SWR Kultur, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR Kultur App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: <https://www.swr.de/swrkultur/swrkultur-radioapp-100.html>

MANUSKRIFT

O-Ton 1, Rory Corcoran (Interpol-Agent), darüber Übersetzung:

In etlichen Ländern hat Interpol eine Bedrohung durch junge Männer aus Nigeria identifiziert: Black Axe, eine mafiaähnliche Bande von Internet-Betrügern – mit starken Verbindungen nach Südafrika. Bei von Interpol koordinierten Razzien. Dort haben unsere Kollegen vor kurzem eine Menge illegal erworbenen Geldes beschlagnahmt.

Atmo 1:

Schließendes Tor Interpol-Hauptquartier

Sprecher:

Lyon. Im festungsähnlichen Hauptquartier der Weltpolizei Interpol erklärt Agent Rory Corcoran die „Operation Schakal“. Ein Erfolg für Interpol, das seit 1923 transnationales Verbrechen bekämpft. Doch die Polizeibehörde wird auch heftig kritisiert. Interpol helfe Diktatoren, Dissidenten zu unterdrücken, sagt der Genfer Menschenrechtler Alexis Thiry.

O-Ton 2, Alexis Thiry (Menschenrechtler), darüber Übersetzung: Idris Hassan, ein uighurischer Politaktivist aus China, wurde am 20. Juli 2021 in Casablanca verhaftet – auf der Basis eines von Interpol ausgestellten Fahndungsersuchens.

Ansage:

Wie Interpol Verbrecher jagt – Wem nutzt die Weltpolizei? Von Thomas Kruchem.

Atmo 2:

Interpol-Jubiläumsvideo

Sprecher:

Interpol. Für Hollywood eine Crew um den Globus jettender Agenten. Tatsächlich eine nach strengen Regeln arbeitende Polizeiorganisation. 1923, als nach dem Ersten Weltkrieg das Verbrechen in Europa florierte, trafen sich in Wien Vertreter von 20 europäischen Polizeibehörden. Sie gründeten einen Verein zum Austausch von Informationen im Kampf gegen das transnationale Verbrechen. Der Verein, offiziell zunächst die Internationale kriminalpolizeiliche Kommission, kurz IPKO, kam ohne internationalen Vertrag zustande.

Schon 1933 verfügte die IPKO-Zentrale in Wien über Karteikarten von mehr als 3.000 international agierenden Geldschrankknackern, Geldfälschern, Frauen- und Drogenhändlern, Mördern und Betrügern. 1938 jedoch wurde, nach dem Anschluss Österreichs, die Zentrale nach Berlin verlegt; Himmlers Stellvertreter Reinhard Heydrich wurde IPKO-Präsident; und schnell kam die internationale Polizei Kooperation zum Erliegen. Sie lebte wieder auf mit der Neugründung 1946 in Paris unter dem Namen Interpol. 195 nationale Polizeibehörden gehören heute zu Interpol, das seit 1989 in Lyon residiert; nur Nordkorea und einige Pazifikstaaten ehlen. Basis der Zusammenarbeit zwischen Polizisten unterschiedlichen politischen

und kulturellen Hintergrunds sei kollegiales Vertrauen, sagt mir in Lyon der Deutsche Jürgen Stock, seit 2014 Interpol-Generalsekretär.

O-Ton 3, Jürgen Stock (Interpol-Generalsekretär):

Es gibt ein gemeinsames Verständnis überall auf der Welt, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte Teil einer Profession, einer grenzüberschreitenden Profession sind, deren Ziel im Grunde es ist, unsere Gesellschaften sicher zu halten oder sicherer zu machen. Und das hat viel auch mit Vertrauen zu tun, das entwickelt wird über gemeinsame Konferenzen, Begegnungen, die Interpol auch organisiert, aber eben auch ein festes Regelwerk, an das sich alle zu halten haben, die bei uns mitwirken.

Sprecher:

Der Respekt vor staatlicher Souveränität vor allem und der Schutz sensibler Daten sind streng geregelt. Interpol, dessen tausend Mitarbeiter keinerlei exekutive Befugnis haben, versteht sich vor allem als Plattform und Koordinationsstelle: Die Organisation sammelt Daten über Verbrecher und Verdächtige, über DNA, Fingerabdrücke, Gesichter und das Internet-Streaming von Kindesmissbrauch; Daten über gestohlene Pässe, Autos, Kunstwerke und Waffen. Fast alle diese Daten stehen jederzeit den Mitgliedsbehörden zur Verfügung – über das professionell abgeschottete Interpol-Datennetzwerk. Bis zu acht Milliarden Datenabfragen pro Jahr verzeichnet die Organisation. Davon abgesehen helfen Interpol-Experten bei der Analyse von Verbrechensspuren, koordinieren internationale Operationen gegen Verbrecherbanden und schulen Polizisten weltweit. Eine zweifellos unentbehrliche Organisation – vor hundert Jahren gegen eher traditionell operierende Gangster, heute vor allem gegen Terroristen und immer neue Verbrechensformen, die das Internet ermöglicht.

Ein Beispiel: die Vergewaltigung von Kindern ohne körperlichen Kontakt zwischen Opfer und Täter. Gegen diese Online-Vergewaltigung gebe es in manchen Ländern noch keine Gesetze, berichtet Uri Sadeh, ein israelischer Menschenrechtsanwalt und Mitarbeiter der Interpol-Einheit „Verbrechen gegen Kinder“.

O-Ton 4, Uri Sadeh (Menschenrechtsanwalt), darüber Übersetzung:

Das Internet hat es einfacher gemacht, Kinder zu missbrauchen und an Bildmaterial zu kommen, das Kindesmissbrauch zeigt. Es ist auch einfacher geworden für die Täter, miteinander in Kontakt zu kommen und über soziale Medien Kinder zu finden, die ja in immer jüngerem Alter das Internet nutzen. Die Täter können deshalb, leichter denn je, Kinder online missbrauchen oder persönliche Begegnungen anbahnen. Oft baut ein Täter online Vertrauen auf, täuscht dem Kind vor, er sei in seinem Alter und verführt es dazu, Nacktbilder zu tauschen. Anschließend kann der Täter das Kind erpressen, indem er droht, die Bilder den Eltern zu schicken oder sie in sozialen Medien zu veröffentlichen. Das Kind wird so zum Sexsklaven des Täters – und das sogar, wenn der in einem weit entfernten Land sitzt.

Sprecher:

Von inzwischen millionenfachem Kindesmissbrauch über das Internet spricht Sadeh. Diese Flut könne die Polizei allein nicht bewältigen. Die IT-Industrie sei gefordert. Sie müsse ihre Plattformen schützen; sie müsse mithilfe künstlicher Intelligenz Bilder von Kindesmissbrauch identifizieren, Streaming von Missbrauch blockieren und Täter

entlarven. Kampf gegen Kindesmissbrauch sei heute eine internationale Aufgabe; Täter und Opfer säßen oft in verschiedenen Ländern. So wie in einem nicht lange zurückliegenden Fall:

O-Ton 5, Uri Sadeh, darüber Übersetzung:

Es begann damit, dass die Polizei eines anderen Landes in einem Forum von Kinderschändern auf ein Kind stieß, das irgendwo in Russland gefangen gehalten und online missbraucht wurde. Koordiniert von Interpol analysierten daraufhin die Behörden mehrerer Länder die Kommunikation zwischen den Tätern. Und wir fanden heraus, dass das Kind in einem kleinen russischen Dorf gekidnappt worden war – auf dem Heimweg von der Schule. Mithilfe russischer Kollegen identifizierten wir schließlich eine Hütte, in der ein Mann das Kind anderthalb Monate lang gefangen gehalten hatte.

Atmo 3:

Stürmung der Hütte in Russland

Sprecher:

Ein von Interpol ins Netz gestelltes Video zeigt, wie die Hütte gestürmt und das Kind gerettet wird. Ähnlich rasant wie beim Kindesmissbrauch übers Internet sei das Wachstum bei jenen Verbrechen, die das Internet überhaupt erst ermögliche, sagt mir Generalsekretär Jürgen Stock: Cybercrime. Stock berichtet von Attacken mit Schadsoftware, die ganze Firmen lahmlegen; er berichtet von Online-Schneeballsystemen, die schnelles Geld versprechen; von Geldwäsche mithilfe von Krypto-Währungen. Er berichtet von Stalkerware, Spionagesoftware, die Menschen emotional und finanziell ruiniere.

Cybercrime werde bald zehn Milliarden Euro Schaden pro Jahr verursachen, fürchtet Jürgen Stock. Auch deshalb hat Interpol in Singapur ein Cybercrime-Zentrum eingerichtet. Weil aber der Polizei in vielen Ländern die Mittel fehlen, Internet-Verbrechen wirksam zu bekämpfen, sieht Stock – wie beim Kindesmissbrauch übers Internet – die Wirtschaft in der Pflicht. Regelmäßig hält der Interpol-Chef Vorträge bei internationalen Organisationen, IT- und Kommunikationsfirmen.

O-Ton 7, Jürgen Stock:

Uns mit diesen Organisationen, privaten Organisationen intensiver auszutauschen, das ist ein Arbeitsschwerpunkt, dem beispielsweise jetzt in Davos nachgegangen wird, wo ich in der Tat mit Vertretern der Industrie zusammensitze, und wir sagen können: Wie können wir das Frühwarnsystem, das noch unterentwickelt ist, gemeinsam weiterentwickeln? Wie können wir die Informationen, die auf beiden Seiten entstehen, bei uns durch Ermittlungen; auf der anderen Seite Privatindustrie, durch deren Tätigkeit, aber auch dadurch, dass sie Opfer geworden sind von Attacken, wie können wir das schneller miteinander austauschen, damit wir das globale Frühwarnsystem der Akteure weiterentwickeln können?

Sprecher:

Über Interpols Kooperation mit der Wirtschaft und andere wichtige Fragen entscheidet die Generalversammlung der Mitgliedsbehörden, die hinter verschlossenen Türen tagt. Interpol unterliegt – anders als die regionalen Polizeiorganisationen Europol, Aseanapol und Ameripol – keiner politischen

Kontrolle. Die Generalversammlung wählt ein 13-köpfiges Exekutivkomitee, das den Generalsekretär überwacht; sie wählt den Präsidenten – mit in jüngster Zeit nicht immer gutem Ergebnis: 2004 etwa wurde der Südafrikaner Jackie Selebi gewählt, der 2010 wegen Korruption zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde; 2016 der Chinese Meng Hongwei, der 2018 wegen Korruption verhaftet wurde. Seit 2021 ist Ahmed Naser Al-Raisi Interpol-Präsident, der Generalinspekteur im Innenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate, dem die Gefängnisse des Landes unterstehen. In den Emiraten sitzen, das zeigen unabhängige Untersuchungen, viele Menschen aus politischen Gründen im Gefängnis. Und Folter ist dort Alltag. Folter in Al-Raisis Zuständigkeitsbereich, gegen die er aber, so die Untersuchungen, nicht einschreitet. Warum der Mann aus dem Folterstaat trotzdem zum Interpol-Präsidenten gewählt wurde, erklärt sich vielleicht aus der prekären Finanzsituation der Weltpolizei: Deren Budget von jährlich rund 150 Millionen Euro wird nur zu rund 60 Prozent durch Sachleistungen und Pflichtbeiträge der Mitglieder finanziert. Diese Beiträge wurden zwischen 2001 und 2020 nicht erhöht. Einen großen Teil des Budgets bestreitet Interpol denn auch mit freiwilligen Zuwendungen, die regelmäßig die Gefahr von Interessenkonflikten bergen. Anfang des letzten Jahrzehnts zum Beispiel unterhielt Interpol Partnerschaften mit dem Tabakkonzern Philip Morris, mit den Pharmakonzernen Eli Lilly und Sanofi, mit der als Inbegriff von Korruption geltenden FIFA. Kein Ruhmesblatt für Interpol – meint sogar der Generalsekretär.

O-Ton 8, Jürgen Stock:

Direkt nach meiner Amtsübernahme habe ich es eingestellt, dass die Organisation Spenden von privaten Institutionen angenommen hat. FIFA ist eines der Beispiele. Da gab es eine sehr signifikante Zuwendung vor einigen Jahren. Wir haben die beendet und haben auch den Rest des Geldes zurückgegeben und haben das auch mit anderen privaten Sponsoren dann in gleicher Weise gemacht.

Sprecher:

Jürgen Stock gelang es, die privaten Spender zu ersetzen. Größter freiwilliger Geber ist heute die EU-Kommission. Ihr auf dem Fuße aber folgt die Interpol-Stiftung für eine sicherere Welt – finanziert ausschließlich von den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Atmo 4:

Eingangstor Interpol

Sprecher:

Interpols festungsartige Zentrale in Lyon ist eine Drehscheibe für Informationen. Als Verbindung zu den Mitgliedsbehörden fungieren so genannte Nationale Zentralbüros, das deutsche angesiedelt beim Bundeskriminalamt. Die Zentralbüros sind Teil der Interpol-Infrastruktur, bestehen aber aus Polizisten der Mitgliedsbehörden und unterstehen nationalem Recht. Als wichtiges Werkzeug der Interpol-Arbeit gelten sogenannte notices, Amtshilfeersuchen an alle Mitgliedsbehörden. Am meisten genutzt werden red notices – rot markierte Ersuchen, eine Person zum Zweck der Auslieferung festzunehmen. Offiziell ausgeschlossen sind solche Ersuchen im Kontext militärischer, religiöser und rassistischer Konflikte sowie bei politischen Straftaten. Auch Fahndungersuchen gegen anerkannte Flüchtlinge sind seit 2017 nicht mehr zulässig.

Interpol-Fahndungsersuchen seien eine Erfolgsgeschichte, sagen Insider. Tausende Schwerverbrecher seien mit ihrer Hilfe festgenommen worden, unter ihnen seit Jahrzehnten gesuchte Mafiabosse.

Das große Problem: Etliche autoritäre Staaten nutzen Interpol-Fahndungsersuchen, um politische Gegner zu verfolgen. Vor allem Russland, die Türkei, China und mehrere arabische Staaten werden von Menschenrechtlern beschuldigt, mit Interpol-Fahndungsersuchen politische Gegner zu jagen. Begründet werden diese Ersuchen stets mit dem Vorwurf eines nicht-politischen Verbrechens: Terrorismus, Betrug, Kinderschändung. Es gibt keine Statistiken über politisch motivierte Interpol-Fahndungsersuchen. Es gibt aber zahlreiche Einzelfälle, die Menschenrechtsorganisationen aufgreifen:

Dolkun Isa, der heute in Deutschland lebende Präsident des Uighurischen Weltkongresses, wurde 21 Jahre lang mit einem von China erwirkten Interpol-Fahndungsersuchen verfolgt. Erst 2018 wurde seine red notice gelöscht.

Hakeem al-Arabi, ein in Australien anerkannter politischer Flüchtling aus Bahrain, saß 2018 76 Tage in thailändischer Auslieferungshaft, weil ihn Bahrain mithilfe von Interpol suchte.

Muhiddin Kabiri, der heute in Deutschland lebende Vorsitzende einer tadschikischen Oppositionspartei, floh 2015 aus seinem Heimatland.

O-Ton 9, Muhiddin Kabiri (tadschikische Oppositionspartei), darüber Übersetzung:

Die Regierung erklärte unsere Partei zur Terrororganisation und verhaftete die gesamte Führung. Weil ich mich im Ausland befand, erwirkten sie 2016 ein Interpol-Fahndungsersuchen gegen mich.

Sprecher:

Ein Ersuchen, das erst 2019 gelöscht wurde. Rund 5.000 politisch verfolgte Tadschiken lebten heute in Europa, erzählt mir Kabiri. Viele würden, ohne es zu wissen, von Interpol gesucht. Professor Edward Lemon, der aus Großbritannien stammende Präsident der Washingtoner Oxus Society for Central Asian Affairs, erklärt mir:

O-Ton 10, Edward Lemon (Oxus Society for Central Asian Affairs), darüber Übersetzung:

Tadschikistan ist ein kleines Land in Zentralasien – mit gerade mal neun Millionen Einwohnern. Dessen ungeachtet hat Tadschikistan mehr als 2.000 Interpol-Fahndungsersuchen erwirkt – viele davon gegen Mitglieder der führenden Oppositionspartei, die seit 2015 verboten ist. Damit steht Tadschikistan beispielhaft für Länder, die – so klein und schwach sie auch sein mögen – Interpol instrumentalisieren – für transnationale Repression. Mithilfe von Interpol-Fahndungsersuchen sowie bi- und multilateralen Auslieferungsabkommen wurden in den letzten zehn Jahren mehrere hundert Tadschiken ausgeliefert.

Sprecher:

Auch wenn jemand wegen offensichtlich politischer Motive hinter seiner red notice nicht ausgeliefert wird, kann jeder Grenzübertritt verhängnisvolle Konsequenzen nach sich ziehen. Die USA z.B. zählen zu den Staaten, die von Interpol gesuchte Personen regelmäßig festnehmen und bisweilen jahrelang in Haft halten. Eine red notice als solche sei auch in den USA kein Haftgrund, erklärt mir Sandra Grossman, eine in Washington D. C. arbeitende Anwältin, die Opfer unberechtigter Interpol-Fahndungsersuchen vertritt. Selbst wenn Betroffene mit einem gültigen Visum einreisen, werde dieses Visum aufgrund des Interpol-Fahndungsersuchens oft annulliert. Und:

O-Ton 11, Sandra Grossman (Anwältin), darüber Übersetzung:

Die Einwanderungsbehörde erhebt dann Klage wegen eines Verstoßes gegen die Einwanderungsbestimmungen. Die Betroffenen kommen vor Gericht, wo sie natürlich Asyl oder Schutz nach dem internationalen Abkommen gegen Folter beantragen können. Und solange das Verfahren dazu läuft, kann eine Person nicht deportiert werden. Das Problem ist, dass ein solches Verfahren Jahre dauern kann.

Sprecher:

Jahre, in denen der Betroffene oft in Haft bleibt – wenn er eine Kautions von bis zu hunderttausend Dollar nicht bezahlen kann. Sandra Grossman schätzt, dass allein in den USA jährlich mehrere hundert Ausländer wegen unberechtigter Interpol-Fahndungsersuchen längere Zeit ins Gefängnis kommen.

Dessen ungeachtet gilt: Die USA und andere demokratische Länder liefern glaubhaft politisch Verfolgte nicht aus. Aber das sei auch nicht immer das Ziel einer red notice, erklärt mir Professor Edward Lemon. Vielen Diktatoren reiche es, ihre im Ausland lebenden Dissidenten zu terrorisieren.

O-Ton 12, Edward Lemon, darüber Übersetzung:

Ein Interpol-Fahndungsersuchen bedeutet nicht nur, dass man verhaftet und ausgeliefert werden kann. Hinzu kommt, dass es sehr schwer ist, ein Bankkonto zu eröffnen, einen Job zu finden oder irgendwohin zu reisen. In Istanbul, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Katar mit ihren großen Transit-Flughäfen wäre die Wahrscheinlichkeit hoch, festgenommen zu werden. Außerdem kann die Regierung, die das Fahndungsersuchen erwirkt hat, das Ansehen der betreffenden Person untergraben: „Diese Person wird von Interpol gesucht. Sie hat also schwere Verbrechen begangen.“ Ja, Interpol-Fahndungsersuchen sind auch ein probates Mittel, Kämpfer gegen Korruption und politische Oppositionelle weltweit in Verruf zu bringen.

Sprecher:

„Transnationale Repression“ nennen Experten diesen Missbrauch einer internationalen Institution – in einer Reihe mit Attentaten, Erpressungen, dem Ausspionieren von Smartphones und Computern sowie der Geiselnahme der daheim zurückgelassenen Familie. Die Message der Diktatoren an ihre Gegner ist eindeutig: „Wohin auch immer Ihr flieht, wir bestrafen Euch.“

Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock weiß, dass seine Fahndungsersuchen zum Missbrauch einladen. Deshalb setzte Stock 2016 eine spezielle Taskforce aus 30 bis 40 Mitarbeitern ein, die red notices prüft, bevor sie veröffentlicht werden.

O-Ton 14, Jürgen Stock:

Es muss umfangreiche Dokumentation vorgelegt werden über den Fall, dass wir das nachvollziehen können. In vielen Fällen, bevor wir veröffentlichen, gehen wir auch nochmal zurück zu den Mitgliedsstaaten, sagen: Das reicht nicht, wir brauchen weitere Erläuterungen und so weiter. Das ist ein Prozess, den wir sehr ernst nehmen. Was wir allerdings nicht sind, ist sozusagen ein supranationales Gericht hier, das dann noch mal die Entscheidung, die auf nationaler Ebene getroffen werden, beispielsweise in der Beweisführung, hier gerichtlich überprüfen würde.

Sprecher:

Interpols Prüfinstanz sei kein Gericht, sagt Jürgen Stock. Seine Taskforce könne Fahndungsersuchen nur auf ihre Plausibilität hin überprüfen. Ohne selbst Beweise zu prüfen oder Beschuldigte auch nur anzuhören, entscheidet die Taskforce gleichwohl wie ein Gericht. Ein rechtsstaatlich äußerst fragwürdiges Verfahren, meint Bruno Min, Leiter der britischen Menschenrechtsorganisation Fair Trials.

O-Ton 15, Bruno Min (Fair Trials), darüber Übersetzung:

Will eine Regierung einen politischen Gegner per Interpol-Fahndungsersuchen verfolgen, schreibt sie das natürlich nicht in ihren Antrag hinein. Nein, sie wird stattdessen ein unpolitisches Verbrechen wie Betrug anführen. Und die Interpol-Prüfer haben dann ernste Probleme festzustellen, ob es sich um echte Vorwürfe handelt oder um politisch motivierte. Dies insbesondere, wenn keine veröffentlichten Informationen über den Beschuldigten vorliegen. Kurz, das System der Interpol-Fahndungsersuchen ist nahezu wehrlos gegenüber geschicktem Missbrauch durch autoritäre Regime.

Sprecher:

Dies auch deshalb, weil sich die red notice-Prüfer regelmäßig mit Dilemmata und Zeitdruck konfrontiert sehen: Es könnten ja echte Mörder, Menschenhändler oder Terroristen durch die Lappen gehen. Wie lückenhaft Interpols Prüfpraxis denn auch ist, zeigen Einzelfälle:

Selahuddin Gülen, ein Neffe des türkischen Oppositionsführers Fethullah Gülen, wurde 2020 in Kenia festgenommen – auf der Basis eines Interpol-Fahndungsersuchens wegen Kindesmissbrauchs, das die Türkei erwirkt hatte. Gülen wurde ausgeliefert.

Der politische Aktivist Ahmed Jafaar Mohamed Ali aus Bahrain wurde am 3. November 2021 auf der Basis einer red notice in Belgrad festgenommen. Am 24. Januar 2022 wurde er – obwohl ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs dies verboten hatte – mit einem Privatjet nach Bahrain ausgeliefert. Rechtsanwalt Marko Stambuk vom Belgrader Zentrum für Menschenrechte versteht nicht, wie sein Mandant überhaupt auf die Interpol-Fahndungsliste geraten konnte.

O-Ton 16, Marko Stambuk (Rechtsanwalt), darüber Übersetzung:

2007 nahm Ahmed Jafaar Mohammed Ali an Demonstrationen in Bahraains Hauptstadt Manama teil, woraufhin er verhaftet und von Sicherheitskräften gefoltert wurde. 2009 wurde Ali dazu von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch befragt und seine Aussage 2010 veröffentlicht.

Sprecher:

Es gibt ein weiteres Interpol-Fahndungsinstrument, mit dem Diktatoren ihre Gegner im Exil tyrannisieren: die Interpol-Datenbank gestohlener und verlorener Ausweisdokumente. Ein Werkzeug, das offenbar die türkische Regierung gern nutzt: 2019 veröffentlichte das Nordic Research Monitoring Network brisante Dokumente des türkischen Geheimdienstes. Danach hatte die Türkei nach dem Putschversuch 2016 mehrere hunderttausend Pässe für gestohlen oder verloren erklärt und die entsprechenden Informationen auf die Interpol-Datenbank hochgeladen. Rechtsanwalt Marko Stambuk, der viele ohne Pass in Serbien gestrandete Türken betreut, sagt:

O-Ton 18, Marko Stambuk (Rechtsanwalt), darüber Übersetzung:

Mit dieser einfachen Maßnahme drangsaliert die türkische Regierung Oppositionelle und Kritiker weltweit. Ohne Pass haben sie Probleme beim Reisen und im Alltag; ohne Pass können sie keine Aufenthaltsberechtigung beantragen. Und wenn sie bei ihrer Botschaft nachfragen, sagt man ihnen dort, sie sollten zurückkehren in die Türkei. Einige haben auch bei Behörden in der Türkei nachgefragt, was mit ihren Pässen los ist. Aber auch von dort erhielten sie keine Antwort.

Sprecher:

Wie kann sich der Einzelne gegen den Missbrauch Interpols durch autoritäre Regime wehren? Gegen den Missbrauch der Datenbank für gestohlene und verlorene Pässe wohl gar nicht. Nur die Regierungen, die deren Daten hochgeladen haben, können sie wieder löschen. Auch Interpol in Frankreich zu verklagen, funktioniert nicht. Die Organisation und ihre Mitarbeiter genießen dort Immunität. Bleibt dem Einzelnen für seinen Kampf gegen eine red notice nur der Gang zu Interpol-Beschwerdestelle, der Kommission für die Kontrolle von Interpols Akten, kurz CCF. Diese Kommission wird von der Generalversammlung gewählt, arbeitet aber unabhängig; und ihre Entscheidungen sind seit 2017 verbindlich. Allerdings: Die CCF tagt geheim; man kann zwar, ausschließlich in Englisch, Unterlagen einreichen, hat aber kein Recht auf eine Anhörung. Und die red notice-Akte darf man nur mit Zustimmung der dafür verantwortlichen Regierung einsehen. Die Kommission muss Fristen einhalten und ihre Entscheidung begründen, eine Berufung dagegen ist aber nur in Ausnahmefällen möglich.

Verfahren vor der CCF würden meist erst dann angestrengt, wenn ein Fahndungsersuchen seinen Zweck erfüllt habe und der Betreffende im Gefängnis sitze, erklärt mir die Washingtoner Anwältin Sandra Grossman. Sie hat mit der Kommission überwiegend gute Erfahrungen gemacht.

O-Ton 19, Sandra Grossman, darüber Übersetzung:

In der Regel geht die Kommission vorbildlich mit unseren Eingaben um und entscheidet zugunsten unserer Klienten. In einigen Fällen allerdings konnten wir

unser Recht auf Akteneinsicht nicht durchsetzen. Das Land, das das Fahndungersuchen eingereicht hatte, verweigerte die Freigabe; und die Kommission gehorchte. Ein klarer Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Danach muss ein Beschuldigter wissen, was ihm vorgeworfen wird, damit er sich überhaupt verteidigen kann.

Sprecher:

Derweil fordern Kritiker zum 100. Geburtstag von Interpol mehr denn je Transparenz und Rechtsstaatlichkeit im transnationalen Kampf gegen das Verbrechen. Das Europaparlament und die Parlamentarische Versammlung des Europarats haben kritische Berichte veröffentlicht. Der US-Kongress hat mit seinem sogenannten TRAP Act das Justiz- und das Außenministerium verpflichtet, Interpol – mit Blick auf transnationale Repression – mehr als bisher auf die Finger zu schauen.

Das jedoch ändert nichts am Grundübel: dass nämlich der Missbrauch der Interpol-Fahndungsinstrumente durch Diktaturen letztlich in der Struktur der Organisation angelegt ist. Womit sich die grundsätzliche Frage aufdrängt: Hat ein politisch überhaupt nicht legitimierter Verein von Polizeibehörden überhaupt das Recht, zwischen Sicherheit und den Freiheitsrechten zahlloser Menschen abzuwägen und zu entscheiden?

Abspann:

Das Wissen (mit Soundbett)

Sprecher:

Wie Interpol Verbrecher jagt. Autor und Sprecher: Thomas Kruchem. Redaktion: Lukas Meyer-Blankenburg. Ein Beitrag aus dem Jahr 2023.

Abbinde